Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

20.10.1922 (No. 245)

Visual Library

№ 249 Freitag, den 20. Oktober 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Oktober 216 ℳ — Einzelnummer 7 ℳ — Anzeigengebühr: 7 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

*Der Rücktritt Lloyd Georges.

In Paris darf man heute zufrieden sein: der britische Ministerpräsident, der noch vor einiger Zeit erklärte, Frankreich habe in der Orientkrisis seinem Bundesgenossen England gegenüber nicht ehrlich gehandelt, ist gestern mit seinem ganzen Kabinett zurückgetreten. Und da Lloyd George nun einmal seit den Tagen von Cannes bei der öffentlichen Meinung in Paris als ein „Feind Frankreichs" galt, wird man es begreifen können, wenn heute in Paris Jubelhymnen erklingen. Ob dieser Jubel allerdings anhalten wird, ist eine andere Frage.

England befindet sich zurzeit zweifellos in einer schweren innerpolitischen Krisis. Die Schuld an der Entwicklung dieser Krisis haben in erster Linie die extremen Konservativen, die die Koalitionspolitik nicht mehr mitmachen wollen, und jene unabhängigen Liberalen, die sich schon seinerzeit unter der Führung von Asquith und Grey in den Schmollwinkel zurückzogen. Von beiden Seiten ist Lloyd George in den letzten Monaten mit wachsender Heftigkeit angegriffen worden. Und die Welt erlebte schließlich das erstaunliche Schauspiel, daß in dem politisch guterzogenen britischen Volke Parteien auftraten, die es für angezeigt hielten, ihrer eigenen Regierung just in dem Augenblick in den Rücken zu fallen, in welchem sie das bedrohte Prestige und die bedrohten Interessen Englands mit Zähigkeit und Entschlossenheit verteidigte. Gewiß wäre diese Opposition, falls es zu einem Kriege mit der Türkei gekommen wäre, zunächst verstummt. Aber schon allein die Tatsache, daß die Politik der Regierung überhaupt in einem so gefährlichen Augenblick so leidenschaftlich und ungestüm angriffen werden konnte, beweist zur Genüge, daß Englands innerpolitisches Leben in das Stadium einer Krisis eingetreten ist.

Lloyd George hat diese Entwicklung an sich wohl vorausgesehen, aber mit seinem manchmal höchst lobenswerten, manchmal höchst bedenklichen Optimismus geglaubt, die Wogen doch noch glätten zu können. Von der Notwendigkeit einer Auflösung des Parlaments und einer Ausschreibung von Neuwahlen hat allerdings auch er sich überzeugen müssen. Jedoch dachte er, die Koalition bis zu diesen Wahlen aufrecht erhalten und auch in den Wahlen selbst einen Wahlkampf der Koalitionsparteien Schulter an Schulter durchführen zu können.

Durch diese Rechnung hat ihm nunmehr der gestrige Beschluß der Konservativen Partei einen dicken Strich gemacht. Mit 186:87 Stimmen hat die Konservative Partei den Austritt aus der Regierungskoalition und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Partei beschlossen. Also mehr als Zweidrittel haben sich gegen die Koalition, gegen Lloyd George und gegen eine Fortsetzung seiner Politik ausgesprochen. Chamberlain, der die Koalition verteidigte, ist mit seinen Argumenten nicht durchgedrungen. Er hat sich sogar nach Schluß der Sitzung Beschimpfungen aus der Menge, die das Parteihaus umlagerte, gefallen lassen müssen.

Der König hat das Abschiedsgesuch von Lloyd George und den Rücktritt des Kabinetts genehmigt und, da die Konservativen im Augenblick noch die stärkste Partei des Landes sind, den Führer der Konservativen, Bonar Law, mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Natürlich wird das neue Kabinett nur bis zu dem Tage amtieren können, an dem das Ergebnis der neuen Wahlen vorliegt. Das schließt jedoch keineswegs die Möglichkeit entscheidender Entschlüsse und Handlungen von Seiten dieses Kabinetts aus. Denn zum mindesten muß die Orientkrisis schon jetzt zu irgend einem Abschluß gebracht werden, da Kemal Pascha sicherlich nicht mehr länger warten wird. Was allerdings die Brüsseler Konferenz und die Reparationsfrage betrifft, so werden alle Konferenzen, die sich mit einer Erledigung dieses Problems zu befassen haben, wohl vertagt werden, bis die Welt auf Grund der Neuwahlen weiß, welche Parteien in England die Regierung bilden.

Welche große Bedeutung die Vorgänge in England auch für Deutschland haben, brauchen wir unseren Lesern nicht mehr auseinanderzusetzen. Von dem Ausgang der Wahlen wird die Geschichte der nächsten Zukunft Europas und der Welt und damit also auch unserer eigenen Zukunft abhängen. Aber es ist sicher ratsam, auch hier die Dinge mit Ruhe und Vorsicht zu betrachten und sich vor allen voreiligen und schematischen Prophezeihungen zu hüten. Es ist möglich, daß ein Wahlsieg der Konservativen einen engeren Zusammenschluß zwischen England und Frankreich auf Kosten Deutschlands ergibt. Aber es ist auch möglich, daß die Konservativen, wenn sie erst einmal am Ruder sein sollten und die imperialistische Tendenz der französischen Politik als eine unmittelbare Gefahr für England selbst richtig erkannt haben, eine ganz andere Haltung einnehmen werden, als man dies heute ziemlich allgemein erwartet. Man darf im übrigen nicht vergessen, daß bei dem Kampf der Konservativen gegen Lloyd George auch sehr erheblich persönliche Antipathien mitsprechen.

Sollte aber aus den Wahlen eine Koalition der Mitte oder eine Linkskoalition als regierende Mehrheit hervorgehen, so würde im ersteren Falle Lloyd George natürlich wieder als Führer des Kabinetts in den Vordergrund der Geschehnisse treten. Im zweiten Falle, im Falle eines Sieges der Linksparteien bezw. im Falle der Bildung einer Linkskoalition würde wahrscheinlich eine Politik eröffnet werden, die gewiß an sich recht vernünftig wäre und auch die Lage Deutschlands berücksichtigte, aber vielleicht Frankreich gegenüber nicht jene Entschiedenheit bekundete, die einzig und allein imstande sein kann, den französischen Imperialismus zu bändigen.

Ganz nüchtern betrachtet, wäre demnach die Politik die beste, die die Grundsätze friedlicher Wiedergesundung mit den Prinzipien absoluter Tatbereitschaft und Entschlossenheit Frankreich gegenüber vereinigt.

Daß man in Paris trotz aller Freude über den Rücktritt Lloyd Georges der Situation doch nicht so ganz traut, geht aus einzelnen Pariser Meldungen deutlich hervor. Mag ein Teil der Konservativen auch noch so deutschfeindlich sein und Lloyd George persönlich aufs leidenschaftlichste hassen, so werden doch gerade die Konservativen keine Politik treiben können, die England zu einer völligen Unterordnung unter Frankreichs Machtwillen bringt. Und nicht mit Unrecht wird heute schon daran erinnert, daß gerade Bonar Law, der neue Ministerpräsident, die französische Regierung wegen der Zurückziehung ihrer Truppen von den Meerengen getadelt und die Notwendigkeit zähen Festhaltens für England klar betont hat.

Dem Politiker Lloyd George heute schon eine Grabrede halten zu wollen, ist zwecklos, da eben Lloyd George politisch noch keineswegs tot ist, ja, eine starke Beeinflussung der englischen Politik auch weiterhin von ihm zu erwarten ist. Zudem sind gewisse Ideen Lloyd Georges, so vor allem die Idee vom friedlichen Wiederaufbau der Welt, schon so sehr Gemeingut aller vernünftigen Staatsmänner und Wirtschaftspolitiker geworden, daß Lloyd George im Lichte seiner Idee auch dann noch fortleben wird, wenn er physisch bereits zu den Toten zählt. Diese Idee ist es, die manches Fragwürdige an seiner Politik milder beurteilen läßt. Den schwersten Fehler seines Lebens, seine Nachgiebigkeit in Versailles, wird allerdings diese Idee nur dann ausgleichen können, wenn sich zu ihr die richtige Entschlossenheit gesellt, jene Entschlossenheit, vor der auch der französische Imperialismus schließlich zurückweicht.

Rücktritt des Kabinetts Lloyd Georges.

Die ersten Telegramme — Ungeheure Sensation — Todesstoß für die Koalitionsregierung — Die Bergarbeiterabordnung im Flur der Downingstreet — Bevorstehende Reden in Leeds und in der Guildhall — Der eigentliche Führer Europas — Schuld und Verdienst — Die treuen Mitarbeiter — Wechsel in den politischen Methoden — Bonar Law.

WB. London, 19. Okt. Reuter. Die Regierung hat beschlossen, sofort zurückzutreten.

*

Die für heute einberufene Konferenz der Unionisten beschloß mi 186 gegen 87 Stimmen bei Neuwahlen als unabhängige konservative Partei an das Land zu appellieren.

Durch diese Haltung der Unionistischen Partei wird gleichzeitig festgelegt, daß, falls die Unionisten (Konservativen) in der neuen Kammer die Mehrheit haben, auch der Premierminister konservativ sein muß. Infolge dieses Beschlusses hat das gesamte englische Kabinett um 4¼ Uhr nachmittags seine Entlassung eingereicht.

*

Der König hat das Rücktrittsgesuch Lloyd George angenommen.

*

7.53 N. Nach einer Reutermeldung hat Bonar Law den Auftrag, das Kabinett zu bilden, angenommen.

Sensation und Geschichte.

Der Rücktritt der Regierung erregt, obwohl er nach dem Ergebnis der unionistischen Zusammenkunft im Earlton-Club erwartet wurde, **ungeheure Sensation.** Die englischen Blätter nennen das Ergebnis der konservativen Versammlung den **Todesstoß für die Koalitionsregierung** und weisen darauf hin, daß in der kurzen Zeit von zwei Stunden eine Zusammenkunft konservativer Parlamentsmitglieder, die von Chamberlain eigentlich dazu einberufen worden war, um seine Politik anzunehmen, ihn über Bord geworfen und die Unabhängigkeit der Partei zuwege gebracht habe. Man erwartet, daß bei einer Bildung der neuen Regierung unter **Bonar Law das Parlament** aufgelöst wird und **neue Wahlen** anberaumt werden. Als Lloyd George heute Nachmittag vom Buckingham-Palast zurückkehrte, erwartete ihn im Flur der Downingstreet eine Abordnung von **Bergarbeiter-Delegierten** unter Führung von Hodge, die für heute Nachmittag zu einer Unterredung mit dem Premierminister eingeladen worden war. **Lloyd George** begrüßte die Abordnung mit den Worten: „Ich bin nicht mehr Premierminister!" Wie verlautet kann angenommen werden, daß verschiedene unionistische Minister auch weiterhin zu Lloyd George stehen werden, der, wie durchaus nicht unmöglich erscheint, nach der Übernahme der Regierung durch den neuen Premierminister **eine neue Partei** bilden wird. Bemerkenswert ist, daß die politischen Reden, die Lloyd George in Leeds und in der Guildhall zu halten beabsichtigt, nicht abgesagt werden.

Mit Rücksicht auf die gestrigen Ereignisse in England hat **Poincaré** darauf verzichtet, in der Kammer das Wort zu ergreifen, um auf die letzte Rede des Herrn Lloyd George zu antworten. Seine Rede ist vertagt worden.

*

Dem Rücktritt des englischen Kabinetts fügt die „Frkf. Ztg." folgende Zeilen bei:

Die Nachricht von dem Rücktritt des Kabinetts, dem **Lloyd George** vorstand, bedeutet **Geschichte.** Lloyd George ist im letzten Jahrzehnt so sehr mit dem Geschick Europas verbunden gewesen, daß die Bedeutung dieses Ereignisses in den dunkelsten Hütten unseres Kontingents gefühlt werden wird. Er war in den Jahren seit dem unseligen Friedensschluß, für den er, der das Richtige instinktiv Erkennende, verantwortlicher war als irgend ein anderer, oft der eigentliche **Führer Europas.** Auf den großen europäischen Kongressen antichambrierten Premierminister anderer Mächte, wenn er sie zu sich bitten ließ: Er war die beherrschende Figur auf den Versammlungen der Nationen. Aber die Nachricht von dem Rücktritt seines Kabinetts gibt keinen Anlaß, ihm heute einen Nachruf zu widmen. Die Aufgabe einer **Würdigung** dieser seiner Zeitgenossen durch persönlichen Magnetismus, staatsmännischen Instinkt und dynamische Energie weit überragenden Persönlichkeit, dieses Staatsleiters, der vermocht hat, viel länger als irgend einer seiner Kollegen anderer Länder die ungeheuerliche Last der **Verantwortung** zu tragen, die ihm der vernichtendste aller Kriege und der unglücklichste aller Frieden auferlegte, dieses Politikers, für dessen Schuld und Verdienst es schwer ist, das richtige vergleichende Maß zu finden, diese schwierige Aufgabe kann einem späteren Tag überlassen werden. Lloyd George tritt von dem Premierministerposten Großbritanniens zurück, aber er tritt **nicht** von der **politischen Schaubühne** ab. Er legt sein Amt nieder, um zu kämpfen, und da er, europäisch gesehen, dazu durch die Widerstände veranlaßt wurde, die sich ihm in dem Streben entgegenstellten, Europa vor dem Schlimmsten mit den Mitteln seiner Staatskunst (die keineswegs eine lobenswerte war) zu bewahren, so wird er heute, am Tage seiner Abdankung, bei allen wahren Europäern vielleicht mehr Sympathie finden, als ihm sonst entgegengebracht wurde.

*

Die Vorgänge kurz vor dem Rücktrittsgesuch waren **dramatischer Natur.** Das Kabinett ist gefallen, weil die Konservativen die Koalition gesprengt haben. Die bisherigen konservativen Mitarbeiter Lloyd Georges, **Chamberlain, Birkenhead und Horne,** haben ihrem Chef Treue bewahrt. Sie nahmen den Kampf gegen die Aufrührer im eigenen Parteilager auf. Sie schienen bereit, dem Premierminister sogar so weit zu folgen, daß sie in eine Parlamentsauflösung vor dem großen Parteitag einwilligten, auf dem die Konservativen entscheiden wollten, ob die Koalition fortgesetzt werden solle oder nicht. Die bisherigen konservativen Minister hofften eine Billigung ihrer Politik auf einer Versammlung ihrer dem Unterhaus angehörenden Parteigenossen zu erlangen. Die Parlamentsmitglieder sind ihnen naturgemäß politisch mehr verbunden als die Delegierten der Organisationen des breiten Landes. Aber so stark ist die **Strömung** in den unionistischen Kreisen **gegen die Koalition,** daß sich die Fraktionsgenossen des Herrn Chamberlain nicht dem vorherrschenden Gefühl zu widersetzen wagten. Chamberlain und seine zum Kampf nicht weniger entschlossenen konservativen Ministerkollegen wurden selbst auf dieser Versammlung parlamentarischer Mitarbeiter von einer großen Mehrheit desavouiert. Das mußte das Auseinanderfallen des Kabinetts zur unvermeidlichen Folge haben.

*

Bonar Law ist mit der **Regierungsbildung** betraut worden. Das neue Kabinett wird also ein rein **konservatives** sein. Bonar Law gehört nicht den Die-hards, den Radikalen auf dem rechten Flügel, an. Eine Politik des Rechtsextremismus wird es also unter der neuen Regierung nicht geben. Der ehemalige treue Mitarbeiter Lloyd Georges wird sich, abgesehen vielleicht von der irischen Frage, kaum auf einer anderen politischen Grundlinie bewegen können, als das bisherige Koalitionskabinett, **wenn auch ein Wechsel in den politischen Methoden zu erwarten sein mag.** Der neuen Regierung wird man allgemein mit dem Gefühl entgegentreten, daß sie nur ein Interregnum darstellen w[illegible] denn sie wird ja kaum im Parlament über eine absolute Mehrheit verfügen. Die Umwelt wird daher mit Spannung die Nachricht erwarten, ob und wann **Neuwahlen** stattfinden werden."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutscher Reichstag.

Fortsetzung der Debatte über den Umlagepreis — Eine volksparteiliche Interpellation — Mißstimmung und Mißverständnisse — Gegen Zwangswirtschaft — Falsche Einstellung zum Ernährungsproblem — Aufklärung der Bevölkerung — Produktionsförderung und Stickstoffversorgung — Leere Bänke — Zwischenspiel — Bauernführer und Diplomat — Appell an die Landwirtschaft — Der Arbeitsplan.

Die Fortsetzung der Aussprache über die **Erhöhung des Umlagepreises** für Brotgetreide, die die Donnerstagssitzung des Reichstags zum größten Teil ausfüllte, brachte kaum ein neues Moment in die Erörterung dieser Frage und die Anteilnahme des Hauses war dementsprechend außerordentlich gering. Nachdem über die Vorgänge beim Zirkus Busch auch noch eine volksparteiliche **Interpellation** eingebracht und ihre geschäftsordnungsmäßige Erledigung vom Regierungstisch zugesagt war, sprach als erster Redner

Abg. Blum (Zentr.), der in einer sehr breit angelegten Rede die Mißstimmung und die **Mißverständnisse aufzuklären** bestrebt war, die in der rein wirtschaftlichen Frage des Getreidepreises die einzelnen Stände des Volkes so tief zerklüften. Er erklärte die Vorwürfe gegen die **Landwirtschaft** als unberechtigt. Auf der anderen Seite aber müsse der **Verbraucher** geschützt werden gegen Ausbeutung und es müsse alles geschehen, um die Produktion nach Möglichkeit zu steigern. Hierzu sei die Zwangswirtschaft nicht der geeignete Weg und auch das Umlageverfahren sei viel zu schematisch durchgeführt. Das **Sinken der Mark** übe einen außerordentlichen Einfluß auf die Produktionskosten der Landwirtschaft und es räche sich heute, daß der Preis für das erste Umlagedrittel nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Rücksichten viel zu nieder angesetzt wurde.

Auch **Abg. Cuno** (Deutsche Volkspartei) machte der Regierung den **Vorwurf**, daß sie sich bei der Preisbemessung von politischem Druck habe beeinflussen lassen, ohne die bereits klar erkennbare Entwicklung der Preise zu berücksichtigen und auch er beklagte die falsche Einstellung der **Bevölkerung** zu den **Ernährungsproblemen**. Auch die Landwirtschaft müsse ein Recht haben, ihre Preise der Geldentwertung anzupassen und es sei ein Unsinn zu verlangen, daß sie das Umlagegetreide für ein Siebtel des im freien Handel erreichten Preises abgebe.

Abg. **Dr. Böhme** (Dem.), der sich ebenfalls sehr kurz faßte, betonte die Notwendigkeit einer regen **Aufklärungstätigkeit der Regierung**, durch die der Bevölkerung die tatsächlichen landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse verständlich gemacht würden. In dieser Richtung fehle es leider im sozialdemokratischen Lager an der erforderlichen Einsicht. Der Redner wies auf die große Versäumnis hin, die in der **Produktionsförderung** leider geschehen sei und er begrüßte es, daß die preußische Regierung in der Frage der **Stickstoffversorgung** die Initiative ergriffen habe. Auch der demokratische Redner bezeichnete den ursprünglichen Preis für das **erste Umlagedrittel** als geradezu unmöglich und forderte eine **weitere Erhöhung** über die Sätze der Regierungsvorlage hinaus.

Es folgt eine der nach ihrer Ausdehnung wie nach ihrem Inhalt bekannten Reden des Kommunisten **Heydemann**, die auch diesmal wieder die übliche Wirkung auslöste, nämlich eine **völlige Leerung des Saales**. Der Redner wirft der Regierung Rückgratlosigkeit gegenüber den Agrariern vor, die die Volksernährung planmäßig sabotieren und fordert Kontrolle der Produktion durch das Proletariat.

Es begab sich dann ein **kleines Zwischenspiel**, das der Abg. Dr. **Heim** (Bayr. Vp.) verursachte, indem er sich durch die Bevorzugung des Kommunisten auf der Rednerliste für benachteiligt erklärte und auf das Wort verzichtete.

Präsident **Löbe** verteidigte die Amtsführung des Büros und der folgende Redner, der letzte des Tages, Abg. **Ledebour** (U.S.P.) meinte unter Heiterkeit des Hauses, der bayerische Bauernführer habe als gerissener Diplomat geschickt verstanden, sich um eine unangenehme Rede herumzudrücken. Ledebour richtete dann in sehr temperamentvollen und beweglichen Ausführungen die Forderung an die **Landwirtschaft**, sich zu einem **Opfer für die Volksgesundheit** zu entschließen, statt sich auf Kosten der Verelendung der arbeitenden Schichten zu bereichern. Den Hauptteil seiner Rede füllte er mit einer Auseinandersetzung mit der **Vereinigten Sozialdemokratie**, die er an ihre starken Worte gegen die Erhöhung des Umlagepreises erinnerte und aufforderte, die Konsequenzen zu ziehen und bei einer Annahme des Gesetzes durch die Mehrheit der bürgerlichen Fraktionen **aus der Regierung auszutreten**. Er äußerte allerdings Bedenken, ob es möglich sein werde, die sozialistischen Minister von ihren Sesseln loszureißen.

Präsident Löbe gab dann den sehr umfangreichen **Arbeitsplan** für die nächsten Sitzungen vor der Pause bekannt.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Ältestenrat des Reichstags hat in seiner gestrigen Sitzung den Beratungsplan für die nächsten Tage folgendermaßen festgesetzt: Heute werden in zweiter Beratung die Verlängerung der **Demobilmachungsverordnung**, in erster und zweiter Lesung der gemeinsame Antrag über die **Wahl des Reichspräsidenten** in Verbindung mit einem deutschnationalen Antrag über die Ansetzung des Wahltermins sowie einige Initiativanträge erledigt werden, die sich auf die **Beseitigung der Anzeigensteuer**, auf die Änderung des **Kohlensteuergesetzes** und auf die Abwehr gegen die Überflutung Deutschlands durch valutastarke **Ausländer** beziehen.

Am Samstag wird die zweite Lesung des **Angestellten-Versicherungsgesetzes** stattfinden. Am Montag wird die zweite Beratung des **Besoldungsgesetzes** und die **Getreideumlage** in zweiter Lesung erledigt werden. Am Dienstag werden sodann die dritten Lesungen all dieser Gesetze stattfinden.

Einige weitere Initiativanträge der Deutschen Volkspartei auf Verlängerung der **Zuckerungsfrist für Weine** des Jahrgangs 1922, der Sozialdemokraten auf **Unterstützung gemeinnütziger Anstalten** sowie sämtlicher bürgerlicher Parteien auf Beihilfe für Einrichtungen der **Wohlfahrtspflege** sollen am **Samstag** mit erledigt werden.

Politische Neuigkeiten.

Die neue Fahrpreiserhöhung bei der Eisenbahn.

Am 1. November werden, wie mehrfach berichtet, die **Personenfahrpreise** auf der Deutschen Reichsbahn **um 100 v. H. erhöht**; bisher wurden bei Tariferhöhungen die neuen Preise den Fahrkarten aufgedruckt bezw. durch Überstempelung angegeben. Vom 1. November ab wird jedoch das Doppelte der auf den Fahrkarten angegebenen Preise erhoben, ohne daß dieser neue Preis auf der Fahrkarte vermerkt wird. Nur bei den handschriftlich ausgefertigten Fahrkarten wird der neue Preis eingesetzt.

Auch die nach dem 1. November gedruckten Fahrkarten werden mit den Oktober-Fahrpreisen hergestellt und die wirklichen Verkaufspreise werden während des Novembers doppelt, **vom 1. Dezember ab vierfach erhoben**. Die Preise für Bahnsteigkarten werden ebenfalls verdoppelt, kosten also vom 1. Nov. ab 4 M. Die bisher üblichen **Hundekarten werden abgeschafft**; für jeden Hund ist künftig eine halbe Fahrkarte 3. Klasse zu lösen. Ferner werden mit Wirkung vom 1. November besondere **Schnellzugszuschläge** für die 1. Klasse eingeführt; sie betragen in der 1. Zone (bis 75 Km.) 90 M., in der 2. Zone (bis 150 Km.) 180 M. und in der 3. Zone (über 150 Km.) 270 M.; diese Schnellzugzuschlagkarten werden am 1. November neu aufgelegt, jedoch nur mit den halben Beträgen dieser Sätze — also 45 bezw. 90 bezw. 135 M. — bedruckt, um einheitlich die Verdoppelung der Preise durchzuführen; die bisher für die 1. und 2. Klasse gültigen Schnellzugzuschlagkarten werden in solche für die 2. Klasse abgeändert.

Die **Mindestpreise für Fernzüge** betragen vom 1. November ab bei Einzelfahrkarten 1. Klasse 30 M., 2. Klasse 16 M., 3. Kl. 10 M. und 4. Klasse 7 M.; bei Monatskarten 2. Klasse 252 M., 3. Klasse 152 M., 4. Klasse 102 M. und bei Wochenkarten 4. Klasse 26 M. Diese Preise entsprechen einer Entfernung von 7 Km. für Einzel- und von 8 Km. für Zeitkarten.

Mit Fahrkarten, die mit einem Tage des Monats Oktober abgestempelt sind, muß die Fahrt im Oktober angetreten werden.

Aus dem Reichspostministerium.

In verschiedenen Zeitungen ist eine Zuschrift des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin abgedruckt, wonach zum 31. Oktober 1922 allen **Telephonistinnen im Angestelltenverhältnis**, etwa 600, von den Berliner Fernsprechämtern gekündigt worden sei. Während Hunderte von **verheirateten Beamtinnen**, deren Ehemänner zum großen Teil selbst Beamte sind, in den gleichen Dienststellen beschäftigt würden, gebe man 600 **Angestellte** mit ihren Familienangehörigen dem **Elend preis**. Weiter wird behauptet, die Reichspostverwaltung habe 33 000 zum großen Teile sehr junge weibliche Kräfte in diesem Jahre zu Beamtinnen gemacht. Wenn zuviel Personal bei der Reichspostverwaltung vorhanden sei, so liege die Schuld an der falschen Personalpolitik des Reichspostministeriums.

Hierzu bemerkt die **Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums**, daß die Angabe, es seien in diesem Jahre 33 000 weibliche Kräfte zu Beamtinnen gemacht worden, **unrichtig ist**. In der Zeit vom Januar bis März 1922, also vor Beginn des laufenden Rechnungsjahres, sind 16 000 Helferinnen im Angestelltenverhältnis zu Beamtinnen angenommen worden, die zum Teil schon seit Jahren im Post- und Telegraphendienst tätig waren und sich in Dienststellen befanden, wo sie zweifellos dauernd notwendig sind. Dagegen sind im laufenden Rechnungsjahr überhaupt keine Beamtinnen angenommen worden. Schuld an den in Aussicht stehenden **Entlassungen** trägt nicht die „falsche Personalpolitik" des Reichspostministeriums, diese Entlassungen werden vielmehr in der Hauptsache deshalb erforderlich, weil der **Erholungsurlaub**, zu dessen Durchführung die Aushelferinnen größtenteils angenommen waren, nunmehr beendet ist. Unter den „Doppelexistenzen", die laut Zuschrift des Zentralverbandes weiter beschäftigt werden, während angeblich wirtschaftlich schwache Personen zur Entlassung kommen, sind die verheirateten Beamtinnen zu verstehen, von denen allein in Berlin nahezu 800 vorhanden sind. Nach Art. 128, Abs 2, der Reichsverfassung sind alle **Ausnahmebestimmungen** für weibliche Beamte **beseitigt**. Damit ist auch die Vorschrift weggefallen, daß weibliche Beamte wegen ihrer Verheiratung ausscheiden müssen. Die Verwaltung ist also verpflichtet, sie weiterzubeschäftigen, falls sie nicht freiwillig ausscheiden.

Kurze polit. Nachrichten.

* **Sozialdemokratischer Gesetzentwurf über die Änderung der Reichseinkommensteuer.** Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei beschloß die Einbringung eines Gesetzentwurfs über die **Änderung der Einkommensteuer**. Der Gesetzentwurf sieht folgenden Tarif vor: Bis 300 000 M. 10 Proz., für die weiteren 200 000 M. 15 Prozent, für die weiteren 250 000 M. 20 Prozent, für die weiteren 250 000 M. 25 Proz. und dann um je 500 000 M. steigend, bis bei vier Millionen Mark Einkommen ein Steuersatz von 60 Prozent erreicht ist. Die steuerfreien Beträge für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau sollen vervierfacht werden, die Beträge für die Werbungskosten verfünffacht. Außerdem ist die Veranlagungsgrenze von 100 000 M. auf 300 000 M. hinaufgesetzt worden.

* **Gegen die Verhaftungen deutscher Parlamentarier.** Sämtliche Fraktionen des Reichstags mit Ausnahme der Kommunisten haben folgende Kleine Anfrage eingebracht: Im Laufe des letzten Jahres hat die **Besatzungsbehörde** im besetzten Rheinland sich mehrfach Übergriffe erlaubt gegen **Parlamentarier des deutschen Reiches** oder der Länder. Es sind **Verhaftungen** vorgekommen trotz der gesetzlich festgelegten Immunität der Abgeordneten. Vernehmungen haben ohne irgend welchen Anlaß stattgefunden. Sachliche Reden der Abgeordneten in den Parlamenten oder in Versammlungen auf dem unbesetzten Gebiet sind zum Gegenstand von Untersuchungen gemacht worden. Welche Schritte hat die Reichsregierung demgegenüber unternommen zwecks **Wahrung der Immunität der Abgeordneten seitens der Besatzungsbehörde?**

* **Poincaré Kandidat für den Friedenspreis?** Der Pariser Vertreter von „Stockholms Tidningen", der sich oft als Sprachrohr der französischen Regierung benutzen läßt, teilt mit, daß Mitglieder der französischen Akademie die Absicht hätten, **Poincaré für den Friedenspreis** vorzuschlagen. Er meint, dieser Vorschlag werde in Kristiania wohl keineswegs übel aufgenommen werden. Die „Nya Dagligt Allehanda" und „Stockholms Dagblad" machen sich aber über den Wunsch Poincarés lustig. Das letztgenannte Blatt meint ironisch, daß **Lloyd George** und **Lenin** mindestens denselben Anspruch auf den Friedenspreis hätten. „Allehanda" will aber nicht recht glauben, daß Poincaré den Nobelpreis bekommen werde. Die Norweger seien nämlich vorsichtige Leute, die es nicht gern mit den mächtigen Angelsachsen verderben wollten.

* **Arbeitsstörung bei Krupp.** Am 17. dieses Monats hat in der Gießerei III der Firma Krupp der größte Teil der Belegschaft, obwohl der **Schmelzprozeß in vollem Gange** war, kurz nach 12 Uhr mittags die **Arbeit niedergelegt** und die Arbeitsstätte verlassen, ohne die Betriebsleitung irgendwie in Kenntnis zu setzen und **ohne** auch nur die **Notstandsarbeiten** zu verrichten. Um in Zukunft derartigen Vorkommnissen vorzubeugen, die den Betrieb und das Werk in hohem Maße gefährden, hat sich die Verwaltung genötigt gesehen, denjenigen Teil der Gießerei III, der die Arbeit unbefugt verlassen hatte, **fristlos zu entlassen**. Die Verwaltung warnt durch Anschläge die gesamte Belegschaft vor unbesonnenen Handlungen und fordert jeden einzelnen Arbeiter auf, bei seiner Arbeit zu bleiben.

* **Neue Briefmarken zu 6 Mark und zu 50 Mark.** Die Erhöhung des Briefportos macht die Ausgabe neuer Briefmarkenwerte notwendig. Die Reichsdruckerei hat nun **Freimarken** zu 6 M. in Bogen und Rollen ferner Freimarken zu 50 M. hergestellt. Die 6 Mark-Marken sind blau in Buchdruck, die 50 Mark-Marken schwarzblau ausgeführt.

* **Der Einfluß des Brandes von Smyrna auf die Zigarettenindustrie.** Dem „Algemeen Handelsblad" in Amsterdam wird von fachmännischer Seite geschrieben, daß bei dem Brande von Smyrna ungefähr **6 Millionen Kilogramm Zigarettentabak verbrannt** sind. Diese Menge stelle ungefähr ein Viertel der ganzen türkischen Tabakernte dar. Der Schaden in seiner Rückwirkung auf die Versorgung mit Rohtabake sei umso größer, als die diesjährige **Tabakernte**, sowohl was die Qualität angeht, als auch die Mengen anbetreffe, so **schlecht** wie seit vielen Jahren nicht ausgefallen sei. Unter dem Einfluß dieser Faktoren seien **die Preise** für Zigarettentabak bereits stark gestiegen, es müsse für die nächste Zeit mit einer weiteren **Steigerung** gerechnet werden. Das genannte Blatt verweist im Zusammenhang mit den oben geschilderten Umständen darauf, daß Amerika zwei Drittel bis Dreiviertel der ganzen **Ernte** an Orienttabak gewöhnlich kauft; die hohen Preise würden es den mitteleuropäischen **Zigarettenfabriken** im Hinblick auf den Stand der Valuta kaum weiter gestatten, Einkäufe in hochwertigem orientalischem Rohtabak vorzunehmen. Ob aus dieser Erscheinung heraus die Fabriken anderer Länder mit weniger ungünstig stehender Valuta in der Lage sein würden, sich vorteilhafter in orientalischem Rohtabak einzudecken, werde von der Einkaufspolitik des amerikanischen Zigarettentrusts **in** erster Linie abhängen.

Badische Übersicht.

Besichtigung des Kalibergwerkes Buggingen durch Finanzminister Köhler.

Buggingen, 20. Okt. Die Arbeiten zur Erschließung **der Kalilager auf** unserer Gemarkung schreiten, wie der „Freiburger Tagespost" geschrieben wird, rüstig voran. In den wenigen Monaten Bauzeit, die der unter maßgebender Beteiligung des badischen Staates gebildeten Gesellschaft bis **jetzt** für Verfügung standen, ist schon erhebliches geleistet worden. Der **erste Bauabschnitt** ist bereits vollzogen. Ein 13 Meter tiefer, im Durchmesser etwa 10 Meter breiter Schacht ist bereits niedergebracht. Zur Durchstoßung der wasserführenden **Kiesschicht**, die etwa weitere 18 Meter tief sein wird, wird zurzeit auf einem kreisrunden eisernen Senkschuh eine auf dem Boden des 13 Meter-Schachtes ruhende **Senkmauer** in den ebengenannten Schacht eingebaut. Diese Senkmauer, die etwa 15 Meter hoch ist, wird dann durch ihre eigene Schwere die Kies- und Wasserschicht durchstoßen, während durch Tag und Nacht erfolgendes Weitermauern der Druck auf sie ständig vermehrt wird, solange, bis die Senkmauer bei ihrem Weg durch den Kies auf festem Gebirge aufsitzt. Fortwährend arbeitende **Wasserpumpen** entfernen das dann innerhalb der Senkmauer befindliche Wasser. Ist dies geschehen, so wird der Schacht noch durch **gußeiserne Tübbinger** vollständig wasserdicht hergestellt. Dieser Bauabschnitt ist der schwierigste. Mit seiner Vollendung, die in etwa 4 Wochen erwartet werden kann, ist der riskanteste Teil des Niederbringens des Schachtes ausgeführt. Die weiteren Arbeiten — der Schacht muß 800 Meter tief werden — bereiten keine besonderen Schwierigkeiten mehr, da sie durch festes Gestein gehen werden. **Auf** der Baustelle erstehen inzwischen mehrere **Wohngebäude** für das Personal des Bergwerks, Kesselhäuser, Lagerräume usw. Außerdem findet zurzeit eine **Probebohrung** zur Feststellung des geeigneten Ortes für die Niederbringung eines zweiten Schachtes statt.

In den letzten Tagen besuchte Finanzminister **Köhler**, der als Vertreter des bad. Staates stellv. Vorsitzender des Grubenvorstandes ist, die Baustelle und unterzog die Anlagen einer mehrstündigen eingehenden **Besichtigung**. Wie der Minister erklärte, legt er im Interesse der alsbaldigen Versorgung der badischen Landwirtschaft mit Kali aus den badischen Schächten den allergrößten Wert auf möglichst baldige Fertigstellung der Schächte.

Ausscheidende Unteroffiziere der Reichswehr.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:

Im Laufe dieses Jahres vollenden diejenigen Unteroffiziere der Reichswehr, die im Jahre 1910 in das alte Heer eingetreten sind, ihre 12jährige Dienstzeit und müssen nach den Bestimmungen des Friedensvertrages ausscheiden. Sie erhalten auf Grund des Wehrmachtsversorgungsgesetzes vom 4. August 1921 den Zivildienstschein und haben dadurch Anspruch, wie früher, auf Anstellung im Reichs-, Landes- und Kommunaldienst (Anstellungsgrundsätze vom 26. Juli 1922). Während sie früher bis zu ihrer Einberufung noch lange bei der Truppe bleiben konnten, müssen sie jetzt **sofort** ausscheiden. Ihre Aussichten auf Einberufung in den Staats- usw. Dienst sind aber bei der jetzigen Lage sehr ungünstig, **umsomehr handelt es sich darum, sie in freien Berufen unterzubringen.**

Diese Unteroffiziere sind in verschiedenen Vertrauensstellungen des Komp.- usw. Dienstes verwendet gewesen und haben große praktische Erfahrungen und gute Zeugnisse. Als frühere Feldwebel oder Wachtmeister, Schreiber, Funktionsunteroffiziere, Sanitätsfeldwebel, Beschlagschmiede u. a. eignen sie sich für Büro-, Aufsichts- und andere Vertrauensposten, z. B. als Schreiber, Büroangestellte, Aufseher, Magaziniers, Lagerverwalter, Hausmeister, Pförtner und ähnliche Stellen. Eine große Anzahl der aus dem alten Heer und der Reichswehr früher Ausgeschiedenen ist bereits im wirtschaftlichen Leben zur vollen Zufriedenheit der Arbeitgeber angestellt.

Alle wirtschaftlichen Kreise werden gebeten, bei der Unterbringung dieser Leute behilflich zu sein und geeignete offene Stellen den Beratungsstellen für ausscheidende Wehrmachtsangehörige: Stuttgart, Alter Schloßplatz 4, Fernsprecher 2580 oder **Karlsruhe i. B.**, Herrenstr. 50, Fernruf 2903, oder **Mannheim, Schillerplatz C. 3**, 21/22 mizuteilen.

Badische landw. Berufsgenossenschaft.

Im Monat September 1922 gelangten beim Genossenschaftsvorstand 443 Unfälle zur Anzeige wovon 418 auf die Landwirtschaft und die mitversicherten Nebenbetriebe und 25 auf die Forstwirtschaft entfallen. Erstmals entschädigt wurden 209 Fälle; hierunter sind 26 Fälle mit tödlichem Ausgang. **An** Jahresrenten wurden für die neu entschädigten Fälle 172 520 Mark angewiesen und zwar an 183 Verletzte 145 500 M., an 18 Witwen 19 800 M. und an 25 Kinder 7200 M. **Für die tödlich verlaufenen Unfälle wurden weiter 15 000 M. Sterbegelder** bezahlt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im gesamten waren zu Anfang des Monats September 1922 24 179 Personen im Rentengenuß, davon schieden im Laufe des Monats September durch Einstellung der Rente 40 und durch Tod 34 aus. Unter Berücksichtigung des obigen Zuganges bezogen hiernach auf 1. Oktober 1922 24 322 Personen Renten im gesamten Jahresbetrage von rund 7 802 500 M. Die Zahl der Fälle, in welchen im Laufe des Monats September Entschädigungen abgelehnt wurden, betrug 50; in 105 Fällen mußten Änderungen im Rentenbezug vorgenommen werden.

Die finanziellen Verhältnisse der bad. Handwerkskammern im Jahre 1921.

Die laufenden **Gesamtausgaben** der 4 badischen **Handwerkskammern** sind nach den Rechnungsergebnissen von 0,5 **Millionen** im Jahr 1920 wie aus den Statistischen Mitteilungen für September zu entnehmen ist auf 1,9 Millionen Mark im Berichtsjahre gestiegen. Die außerordentliche Steigerung des Aufwandes darf wohl in der Hauptsache auf die immer weiter fortschreitende **Geldentwertung** zurückgeführt werden. Die Aufwendungen kamen im einzelnen der Förderung des Lehrlings- und Gesellenwesens, des Meisterfortbildungswesens und des Handwerks im allgemeinen zugute.

Die staatlich unterstützten Lehrlingswerkstätten und die Handwerkerkurse in Baden im Jahre 1921.

Zu den ständigen Einrichtungen der praktischen Gewerbeförderung gehören u. a. die staatlich unterstützten **Lehrlingswerkstätten** und die vom Landesgewerbeamt veranstalteten **Handwerkerkurse**. In Baden bestanden 1921 nach den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts 125 Lehrlingswerkstätten, in denen 140 Lehrlinge ihre Ausbildung für ihr künftiges Handwerk erfuhren. Zur Weiterbildung der angelernten Handwerker waren vom Landesgewerbeamt insgesamt 1921 **26 Übungskurse** veranstaltet, die den zahlreichen Interessenten, 376 insgesamt, reiche Gelegenheit boten, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten zu vertiefen.

Gesellen- und Meisterprüfung im badischen Handwerk in der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Nachdem aus begreiflichen Gründen während der **Kriegsjahre** die Zahl der **Lehrlinge und Handwerksgesellen**, die sich der **Handwerkerprüfung** in den einzelnen Kammerbezirken unterzogen, stark gesunken war, ist seit 1919 wiederum eine **Zunahme** festzustellen. Während 1914 im Lande noch 4000 Lehrlinge die Gesellen- und nahezu 600 Gesellen die **Meisterprüfung** bestanden haben, und während der ganzen Kriegszeit durchschnittlich nur 2750 Prüflinge gezählt waren, wurde im Jahre 1920 die Zahl des letzten Vorkriegsjahres schon übertroffen, und im Jahre 1921 haben nach den Untersuchungen des Statistischen Landesamts sogar 5864 Lehrlinge und 2002 Gesellen die Prüfung mit Erfolg abgelegt, was einen erfreulichen Nachwuchs für die Kriegsverluste im Handwerk darstellt.

Die Innungskrankenkassen in Baden im Jahre 1921.

Von der gesetzlichen Bestimmung des § 250 der RVO., welche die Innungen berechtigt, für die Betriebe ihrer Mitglieder **Innungskrankenkassen** zu errichten, haben, wie wir den Statistischen Mitteilungen entnehmen, in Baden insgesamt 19 Innungen Gebrauch gemacht. Davon entfallen 7 auf das Bäckergewerbe, 3 auf das Fleischergewerbe, je 2 auf das Baugewerbe, Hotel- und Gastwirtsgewerbe, auf Friseur- und Perückenmachergewerbe, je 1 auf das Schreiner- sowie das Sattler- und Tapeziergewerbe und auf das Handwerk im allgemeinen. Die Gesamtmitgliederzahl betrug im Jahre 1921 9424 Personen, d. h. 2401 Personen mehr als im Vorjahre.

Von der Nährmittelindustrie in Baden.

Nach Mitteilung des Badischen Statistischen Landesamts stehen an der Spitze der **Nährmittelindustrie** (Nährmittel- und Teigwarenfabriken) in unserm Land, wie aus der neuesten Nummer der „Statistischen Mitteilungen" zu ersehen ist, zwei führende Großbetriebe mit zusammen 2300 Arbeitern und Arbeiterinnen. In den umfangreichen Fabrikanlagen des einen Werkes (in **Singen a. H.**) werden Suppenartikel (Speisewürze, Suppen- und Fleischbrühwürfel) in größtem Umfange hergestellt. Die Erzeugnisse dieses Unternehmens finden in der ganzen Welt Absatz. Der Betrieb beschäftigt an 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen. Das zweite Werk mit rund 800 Arbeitern hat seine Hauptniederlassung in **Karlsruhe-Grünwinkel**. Das Großunternehmen betreibt daselbst außer Brennerei und Spiritusraffinerie die Bierbrauerei und Preßhefefabrikation, eine Getreidegroßmühle mit angeschlossener Graupenmühle, eine große neuzeitlich eingerichtete Nährmittelfabrik sowie eine Speisewürzen- und Haferflockenfabrik. Eine umfangreiche Anlage zur Herstellung von Marmelade ist während des **Krieges** in Betrieb genommen worden. In der **Nährmittelfabrik**, in der 300 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden, gelangen Backpulver, Creme- und Puddingpulver, Speisepuder, Vanillezucker und dergl. zur Herstellung; die **Haferflockenfabrik** ist auch zur Bereitung von Kindernahrung ausgebaut. Neben den erwähnten beiden Weltfirmen gibt es in unserm Land noch 20 mittlere Gewerbebetriebe der Nährmittelindustrie mit insgesamt 700 Arbeitern. Namhaftere Nährmittelfabriken sind in den letzten Jahren in **Radolfzell** a. S. und in **Hardheim** (Bez. Buchen) entstanden. Beide Betriebe befassen sich außer mit der Herstellung von Haferflocken und Grünkernerzeugnissen noch mit der Teigwarenherstellung. In **Breisach** stellt eine um die Mitte des Jahres 1920 von einer Aktiengesellschaft eingerichtete Fabrik Nährflocken aus Mais nach amerikanischem Vorbilde her. Eine weitere kleinere Firma, die als eigene Erzeugnisse Speisewürzen, kochfertige Suppen u. dergl. auf den Markt bringt, befindet sich noch in Karlsruhe. Für die Herstellung von Back- und Puddingpulver kommt neben der Fabrik in Grünwinkel noch eine gut eingerichtete Nährmittelfabrik in **St. Georgen** i. Schw. in Betracht. Kindermehl wird in einem mittleren Betrieb in Freiburg hergestellt. Ausschließliche Teigwarenfabriken gibt es zwar einige 30 im Lande, darunter befanden sich aber zur Zeit der Erhebung nur etwa acht größere. Die 4 oder 5 größeren Fabriken versenden ihre Erzeugnisse (Makkaroni, Suppen-, Gemüse- und Figurennudeln usw.) über ganz Deutschland, die kleineren Betriebe decken mehr nur den örtlichen Bedarf. Eine der größten und ältesten dieser Teigwarenfabriken, die vor dem Kriege etwa 150 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte und während desselben vorübergehend 8 bis 9 v. H. der gesamten Inlandsherstellung auf sich vereinigte, liegt im **Weinheimer** Bezirk, andere maßgebende Fabriken sind in **Mannheim, Friedrichsfeld, Appenweier** und in **Freiburg**.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Karlsruhe, 20. Okt. Am Donnerstag, 19. Oktober, sind zwischen den Stationen **Jöhlingen** und **Grimmelshofen** Erdmassen von der Böschung des Bahneinschnitts auf das Gleis gerutscht. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten, wird aber voraussichtlich am 20. Oktober voll wieder aufgenommen werden können. Verletzungen von Personen oder Zugsgefährdungen sind nicht vorgekommen.

DZ. **Schneefall auf dem Feldberg.** Nachdem wir immer noch hofften, nach dem verregneten Sommer wenigstens einige schöne Herbsttage genießen zu können, ist auf dem **Feldberg** bereits der **Winter** eingezogen und wird schließlich auch in den Tälern nicht mehr lange auf sich warten lassen. Gestern nachmittag und nachts ist auf dem Feldberg Schnee gefallen, so daß heute früh eine **Schneedecke von 14 Zentimetern** gemessen wurde. Bei der Veränderlichkeit der Witterung ist allerdings noch nicht damit zu rechnen, daß nun der Skisport schon seinen Anfang nehmen kann. Auch mit Rücksicht auf den herrschenden Kohlenmangel möchten wir wohl hoffen, daß noch einmal wieder wärmere Tage kommen, zumal auch diese für die noch nicht gänzlich beendete Ernte dringend notwendig sind.

DZ. **Triberg**, 20. Okt. (Der kommende Wintersport.) Hier hielten am vergangenen Samstag die Ortsgruppen des hohen Schwarzwaldes ihre erste Besprechung für den **kommenden Wintersport** in Schönwald ab, wozu die Ortsgruppen Triberg, Schönwald, Schonach, Furtwangen und St. Georgen vertreten waren. Bei den **Skiwettläufen** sollen bei den größeren Veranstaltungen Kollisionen in den Terminen vermieden werden, damit den Läufern der Besuch der einzelnen Veranstaltungen ermöglicht wird. So sollen vor allem die Feldbergwettläufe, mittlerer, nördlicher Schwarzwald u. schwäbischer Schneeschuhbund sich nacheinander richten. Die Wettläufe für den mittleren Schwarzwald, die in **Furtwangen** abgehalten werden sollen, werden am 16. Januar stattfinden. Für die vereinigten Ortsgruppen wurden ein Skitechnischer Ausschuß gebildet, der alle renntechnischen Arbeiten vorzunehmen hat. Vorsitzender dieses Ausschusses wurde Karl **Maier**-Triberg.

DZ. **Konstanz**, 20. Okt. In einer am Dienstag abgehaltenen Vollversammlung beschloß die **Handwerkskammer**, im kommenden Sommer eine **größere Ausstellung** von Qualitätsarbeiten des Handwerks vorzunehmen.

Aus der Landeshauptstadt.

Das Urteil gegen die Durlacher Bilderstürmer.

Nach Fortsetzung der Beweisaufnahme und Anhörung des Plaidoyers in der gestrigen Nachmittagssitzung des **Karlsruher Schwurgerichts** gegen die Ausschreitungen im Anschluß an die Kundgebungen zum Schutze der Republik in Durlach wurde das **Urteil** gegen die Angeklagten gefällt.

Im Sitzungssaale sind auf einem Tisch Fragmente von Bilderrahmen aufgelegt, die der Wut der Menge zum Opfer gefallen sind. Hinter dem Gerichtshof ist ein historisches Fürstenbild aufgestellt, um einen Eindruck zu gewinnen, welcher Art die zerstörten Bilder waren. Die Vernehmung der elf Angeklagten, die verschiedentlich recht heftig auftraten, gestaltete sich sehr lebhaft.

Nach Rückzug der Geschworenen abends 9 Uhr wurde eine Stunde später folgender

Wahrspruch

verkündet: Bei Müller, Ebert, Doster, Ludwig, Schwander und Wenz lautet er auf Bejahung der **Schuldfrage** nach schwerem **Haus- und einfachem Landfriedensbruch** mit der Feststellung, daß bei Ludwig und Ebert die Strafbarkeitseinsicht fehlte. Remmele, Klenert und Erb werden nur des Hausfriedensbruches schuldig befunden. Alle Angeklagten erhielten mildernde Umstände zugebilligt. Bei Rausch und Melcher erfolgt Verneinung jeder Schuld. In diesem Stadium des Prozesses tritt eine Verzögerung ein, da einige Unstimmigkeiten in der Fragebeantwortung berichtigt werden müssen.

Der Oberstaatsanwalt beantragt darauf gegen Müller und Schwander je 5 Monate Gefängnis, gegen Erb 3 Monate Gefängnis, gegen Remmele und Klenert je 2 Monate Gefängnis und bezüglich der Angeklagten Ebert, Ludwig, Rausch und Melcher Freisprechung. Die Verteidiger bitten, auf mildere Strafen zu erkennen.

Nach kurzer Beratung wird folgendes

Urteil

verkündet:

Wegen schweren Hausfriedensbruchs und einfachen Landfriedensbruchs erhalten **Müller** und **Schwander** je 5 Monate, **Doster** und **Wenz** je 4 Monate Gefängnis, wegen schweren Hausfriedensbruchs **Remmele** und **Klenert** je 2, **Erb** 1 Monat Gefängnis. **Ebert, Ludwig, Rausch** und **Melcher** werden freigesprochen.

Gegen 11 Uhr abends war die Verhandlung zu Ende.

* **Landestheater.** In der Aufführung von Shakespeares „Hamlet" am Samstag, den 21. Oktober (Abonn. G 5) sind neu in ihren Rollen die Damen Ermarth als Königin, Geiseler als Ophelia, sowie die Herren Dahlen als Laertes, Endlein als Fortinbras, Brand als erster Schauspieler, Fitz und Litsch als Güldenstern und Rosenkranz, Paul Müller und Hermann Benedikt als erster und zweiter Totengräber, ferner A. Budzinski und Max Schneider als die „Personen des Schauspiels: Königin und Lucianus".

Auf vielseitigen Wunsch findet am Sonntag, den 22. d. Mts., vorm. 11½ Uhr im Landestheater die zweite Wiederholung von Beethovens „Neunter Sinfonie" statt, zu der noch Karten aller Platzgattungen für das allgemeine Publikum zur Verfügung stehen. Die Mitglieder der Volksbühne erhalten gegen Vorzeigen der Ausweiskarte bis zu 3 Plätzen zum Einheitspreis von 35 M. Es wird hiermit nochmals besonders auf die am gleichen Tag im Landestheater stattfindende Neueinstudierung von Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen" hingewiesen. Den Spalanzani im Olympia-Bild singt Herr Alfred Glaß. Die Bühnenbilder stammen von Herrn Direktor Emil Burkard, die Kostüme von Frl. Margarete Schellenberg.

Die erste Wiederholung von Goethe's „Torquato Tasso" findet am Montag, den 23. Oktober (Abonn. B 5) statt. Ihm folgt am Mittwoch, den 25. Oktober (Abonn. C 6) die neunte Aufführung von Ibsen's „Peer Gynt", am Donnerstag, den 26. Oktober (Abonn. D 6) Shakespeares „Richard der Zweite" zum fünftenmal.

Dienstag, den 24. d. Mts., gelangt unter musikalischer Leitung des Operndirektors Cortolezis Mozarts „Figaros Hochzeit" zur Wiedergabe. In dieser Vorstellung singt Rudolf Weyrauch erstmalig den Grafen Almawiva.

Am Samstag, den 28. Oktober (Abonn. B 6), erlebt Shakespeare's „Julius Caesar" die fünfte Aufführung. — Im Konzerthaus geht am Sonntag, den 29. Oktober, der erfolgreiche Schwank „Der keusche Lebemann" von Franz Arnold und Ernst Bach zum zweitenmal in Szene.

Die bereits in München, Dresden, Stuttgart usw. mit starker Wirkung aufgeführte dreiaktige Komödie „Improvisationen im Juni" von Max Mohr wurde zur hiesigen Aufführung erworben, die für die zweite Hälfte des November in Aussicht genommen ist.

* **Badische Kunsthalle Karlsruhe.** Der Lesesaal der Badischen Kunsthalle, in dem u. a. fast alle deutschen Kunstzeitschriften gehalten werden, ist während der Wintermonate Dienstags und Freitags von 11—1 und 3—5 Uhr zur Benutzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

* **Der Preußische Kultusminister über den Film „Geschlechtskrankheiten".** Zur morgigen Erstaufführung des Films „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen" in dem hiesigen Konzerthaus erfahren wir noch, daß der Preußische Minister für Volkswohlfahrt in einem Erlaß vom 15. April d. J. alle **Staatsbehörden** ersucht, die Vorführung dieses Films nach Möglichkeit zu fördern, da er als ein geeignetes Mittel zur **notwendigen Aufklärung** des Volkes über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten anzusprechen und deshalb von großem Wert für die Förderung und Erhaltung der **Volksgesundheit** sei. Dieser Film verdient die regste Unterstützung aller Kreise, denen wirkliche medizinische Aufklärung und sich daraus entwickelnde Gesundung unseres Volkes am Herzen liegt. Der Film, der von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Berlin hergestellt worden ist und durch den Begleitvortrag hiesiger Fachärzte wirksam unterstützt wird, vermeidet in jeder Weise abstoßende oder verletzende Eindrücke. Er zeigt lediglich, in logischer Folge geordnet, an sorgsam ausgewählten Beispielen die Folge dieser furchtbaren Seuche. Er zeigt aber auch Wege zur Vermeidung unübersehbaren Unheils und darf daher, dank seiner gediegenen Form, als ungemein wertvoll bezeichnet werden. In Berlin und Hamburg haben die Oberschulbehörden den Film ihren Abiturienten vorführen lassen und ihn **käuflich für die Schulen erworben**, ein Beweis mehr dafür, daß es sich hier um etwas außerordentlich Nötiges und Nützliches handelt. Hier wird der Film zum berufenen und erfolgreichen Kämpfer gegen die unser Volk an seinem Lebensnerv treffenden Seuchen. Unbedenklich können Eltern und Erzieher ihren heranwachsenden Söhnen und Töchtern den Film zeigen.

* **Kathreiners Malzkaffee.** Der Nr. 242 unserer Zeitung legten wir einen Prospekt über „Kathreiners Malzkaffee" bei. Im Anschluß hieran werden wir um Aufnahme folgender Zeilen gebeten: Die beste Kaffeemischung bereiten Sie sich selbst aus „echtem Kathreiners Malzkaffee" mit etwas gutem Bohnenkaffee. Dann haben Sie bestimmt etwas Gutes! Sie können Kathreiners Malzkaffee als tägliches Hausgetränk aber auch allein verwenden, wie es hunderttausende deutscher Familien im Interesse der Gesundheit und aus Sparsamkeitsgründen seit Jahrzehnten tun.

Literarische Neuerscheinungen.

Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919. Erläutert von Finanzgerichtspräsident Fritz Rüde bei dem Landesfinanzamt Karlsruhe, Ministerialrat Dr. Wilhelm Mühe, Vortragender Rat im Bad. Finanzministerium, und Regierungsrat Gustav Hauser, Mitglied des Landesfinanzamts Karlsruhe. Zweite Auflage. Verlag von J. Heß, Stuttgart 1922. 625 Seiten (Sammlung deutscher Steuergesetze SDS. Nr. 31.)

Die am 23. Dezember 1919 an Stelle der verschiedenartigen landesrechtlichen Vorschriften in Kraft getretene Reichsabgabenordnung regelt einheitlich für das ganze Reich die steuerliche Behördenorganisation, das Veranlagungs-, Rechtsmittel- und Strafverfahren und enthält daneben eine Reihe allgemeiner Bestimmungen materiellen Steuerrechts und Steuerstrafrechts; sie gilt grundsätzlich für alle Reichsabgaben, soweit nicht Abweichendes in den einzelnen Steuergesetzen ausdrücklich vorgeschrieben ist. Gegenüber dem bisherigen Landesrecht enthält die RAO. zahlreiche Neuerungen nicht bloß formeller, sondern auch materieller Art, insbesondere Vorschriften über Buchführung und Buchungen (§§ 162—165), Gestattung von Einsichtnahme in Räume und Behältnisse durch die Beamten der Finanzämter (§ 175), Pflicht des Steuerpflichtigen zur eidesstattlichen Versicherung im Veranlagungsverfahren (§ 176), weitgehende Beseitigung des Berufsgeheimnisses und über Auskunftspflicht (§§ 177 ff.), Verpflichtung der Banken zur Mitteilung der Kundenverzeichnisse an das Finanzamt (§ 189), Steuerumgehung (§ 5), Steuergefährdung (§ 367) usw. In dem vorliegenden Werk sind die Bestimmungen der RAO. in anschaulicher, auch für den Laien ohne weiteres verständlicher Art erläutert und zwar unter erschöpfender Verwertung der Gesetzesmaterialien, Rechtsprechung und Verfügungen des Reichsfinanzministeriums; auch werden die in das Steuerrecht eingreifenden Bestimmungen der sonstigen Rechtsgebiete (BGB., HGB., ZPO., StGB., StPO. usw.) überall herangezogen. Besonders wertvoll für die Abgabe der Steuererklärungen, Bilanz, Abschreiburg usw. sind die Ausführungen zu den §§ 137—161 über die Wertermittlung beim Grund-, Betriebs- und Kapitalvermögen Seite 151 bis 203. Durch ein ausführliches Inhaltsverzeichnis (Seite 3—16), in welchem zu dem einzelnen Paragraphen sein Inhalt beigesetzt ist, sowie durch ein sorgfältiges Sachverzeichnis nach Buchstabenfolge (Seite 592—625) wird die Handhabung des Werkes außerordentlich erleichtert. In der ungewöhnlich rasch notwendig gewordenen zweiten Auflage des verdienstvollen Werkes haben die Verfasser die Ergebnisse der neueren Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs und ihre eigenen, bei der Durchführung des Gesetzes gewonnenen Erfahrungen verwertet. Den Behörden und Steuerpflichtigen kann das Werk als ein vollendeter Handkommentar zum täglichen Gebrauch und als ein nie versagender Führer durch die teilweise verwickelten und eine nähere Kenntnis der verschiedensten Rechtsgebiete voraussetzenden Bestimmungen des Steuergrundgesetzes wärmstens empfohlen werden.

—o—.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Die erste juristische Prüfung im Spätjahr 1922.

Auf Grund der im Spätjahr 1922 abgelegten ersten juristischen Prüfung sind folgende Rechtskandidaten zu **Referendaren** ernannt worden:

Anschütz, Walter, aus Heidelberg, **Appenzeller**, Rudolf, aus Karlsruhe, **Bleyler**, Eugen, aus Altkirch i. Els., **von Boeckh**, Hans aus Eppingen, **Brechter**, Kurt, aus Mannheim, **Kaufmann**, Otto, aus Mannheim, **Kellner**, Albin, aus Krautheim, **Kuhr**, Günther, aus Ober-Schreiberhau, **Kury**, Emil, aus Kollnau, **Marschall**, Alfred, aus Walldorf, **Marx**, Ernst, aus Sandhausen, **Müller**, Richard, aus Mannheim, Dr. **Nikolaus**, Otto, aus Weingarten, **Portisch**, Friedrich, aus Lörrach, **Weiler**, Alfred, aus Karlsruhe.

Karlsruhe, den 14. Oktober 1922.

Justizministerium:
Der Ministerialdirektor:
Bernauer. Spieß.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Ministerialoberrechnungsrat Karl **Stichs** zum Rechnungsdirektor, die Ministerialrechnungsräte Albert **Weinschenk** und Eugen **Fisch** zu Ministerialoberrechnungsräten, den Verwaltungsoberinspektor Karl **Schmitt**, die Revisionsinspektoren Hermann **Lauppe** und Albin **Laier**, die Verwaltungsinspektoren Jakob **Gißler**, Jakob **Ulrich**, Friedrich **Raif** und Ludwig **Schmitt** zu Ministerialrechnungsräten sämtliche beim Ministerium des Innern, Bezirksassistenzarzt Dr. **Karl Wentzel** in Pforzheim zum Bezirksarzt in Villingen.

Versetzt:

Oberrevisor Karl **Massa** beim Bezirksamt Waldshut als Verwaltungsinspektor zur Landesversicherungsanstalt Baden, Verwaltungsobersekretär Karl **Wagner** beim Bezirksamt Mannheim zum Bezirksamt Ettlingen.

Zuruhegesetzt:

Polizeioberinspektor Cölestin **Böhler** in Mannheim auf 1. Januar 1923, Oberpfleger Wilhelm **Mansdörfer** bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch wegen leidender Gesundheit.

Aus dem Staatsdienst entlassen:

Amtmann Robert **Schneider** auf Ansuchen.

Planmäßig angestellt:

als Gendarmerie-Wachtmeister: Karl **Adams** in Oberkirch, Julius **Weiß** in Breisach, Johann **Joachim** in Schwetzingen, Karl **Bareiß** in Sinsheim, Franz **Sterk** in Bonndorf, Robert **Riegger** in Säckingen, Karl **Ruß** in Schopfheim, Wilhelm **Zipf** in Staufen, Paul **Schmidt** in Waldshut, Adam **Friedmann** in Konstanz, Alois **Fecker** in Neustadt, Oskar **Weber** in Wolfach, Stefan **Pfleger** in Mosbach, Karl **Kummer** in Staufen, Albert **Rebmann** in Radolfzell, Willibald **Stich** in Durlach, Karl **Haas** in Lörrach, Josef **Mautz** in Villingen.

Ernannt:

zum Gendarmerie-Kommissär: Gendarmerie-Oberwachtmeister **Bertold Wolf** in Triberg; zu Gendarmerie-Oberwachtmeistern die Gendarmerie-Wachtmeister: August **Trotter** in Schluchsee, August **Dornes** in Schliengen, Gustav **Nissel** in Krautheim, Viktor **Philipp** in Großrinderfeld, Richard **Keibs** in Dertingen, Karl **Sack** in Konstanz, Leonhard **Sauer** in Krozingen, Josef **Kühn** in Zell a. H., August **Schellhammer** in Weisenbach.

Zuruhegesetzt:

Gendarmerie-Kommissär Philipp **Seelig** in Säckingen.

Entlassen auf Ansuchen:

Gendarmerie-Oberwachtmeister Hugo **Matthey** in Eubigheim, Gendarmerie-Wachtmeister August **Bartels** in Wiesloch.

Justizministerium.

Ernannt:

Justizassistent Albert **Ganzmann** beim Amtsgericht St. Blasien zum Justizsekretär, die Schreibgehilfinnen Maria **Elendhuber** beim Amtsgericht Bühl und Paula **Rottermehl** beim Notariat Baden zu Kanzlistinnen; die Hilfsaufseher Amandus **Bacher** beim Zuchthaus Bruchsal und Hermann **Kiefer** beim Landesgefängnis Freiburg zu Aufsehern.

Versetzt:

Justizobersekretär Wilhelm **Stambach** beim Amtsgericht Freiburg zur Staatsanwaltschaft daselbst und Justizsekretär Ludwig **Endres** bei der Staatsanwaltschaft Freiburg zum Amtsgericht daselbst.

Zuruhegesetzt auf Ansuchen:

die Notare Eugen **Eicheler** in Rastatt und Karl **Sauter** in Bruchsal.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Finanzinspektor Hermann **Polensky** bei der Zentralschulfondsverwaltung Karlsruhe zum Finanzoberinspektor daselbst, Finanzobersekretär August **Hoffmann** bei der Zentralschulfondsverwaltung in Karlsruhe zum Finanzinspektor daselbst, Finanzassistent Georg **Euzenroß** bei der Zentralschulfondsverwaltung Karlsruhe zum Finanzsekretär, außerordentlicher Professor Dr. Adolf **Thomälen** an der Technischen Hochschule hier zum planmäßigen Professor am Staatstechnikum hier; die Hauptlehrer Friedrich **Rühling**, Paul **Schmid** und Ludwig **Schmich** an der Volksschule in Mannheim zu Taubstummenlehrern an Schwerhörigen-Klassen daselbst.

Zuruhegesetzt auf Ansuchen:

Finanzoberinspektor Heinrich **Müller** bei der Zentralschulfondsverwaltung Karlsruhe.

Aus dem Bereich des Arbeitsministeriums.

Wasser- und Straßenbaudirektion.

Ernannt:

Zum planmäßigen Geometer: der Geometer Rudolf **Gesel** beim Vermessungsamt Bruchsal, zu Verwaltungsinspektoren: der Justizobersekretär Karl **Hils** bei der Wasser und Straßenbaudirektion und der Verwaltungsobersekretär Karl **Rudi** beim Badenwerk, zu Oberdammeistern: der Oberbrückenmeister Josef **Wittmann** in Offenburg und der Dammeister Wilhelm **Frieß** in Breisach; zu Vermessungsobersekretären: der Vermessungssekretär Wilhelm **Gaiser** beim Vermessungsamt Schopfheim, die Lithographen Hermann **Neumann** und Josef **Sproll** bei der Wasser- und Straßenbaudirektion, zum Vermessungssekretär der Lithograph Heinrich **Wagner** bei der Wasser- und Straßenbaudirektion, zum Bausekretär: der Dammeisteranwärter Heinrich **Mathes** beim Rheinbauamt Mannheim, zu Vermessungsassistenten: die Vermessungsgehilfen: Hermann **Amend** beim Vermessungsamt Boxberg, Wilhelm **Dahl** beim Katastergeometer in Rastatt, Johann **Eltsen** beim Vermessungsamt Schopfheim, Math. **Fischer** beim Vermessungsamt Stockach, Otto **Gabold** beim Vermessungsamt Heidelberg, Wilhelm **Hildebrand** beim Vermessungsamt Neustadt, Ernst **Schlempp** beim Vermessungsamt Tauberbischofsheim, Otto **Schlempp** beim Katastergeometer in Lörrach, Josef **Weber** beim Vermessungsamt Engen, zu planmäßigen Straßenwärtern die Straßenwärter: Adolf **Ziegelmüller** in Hoffenheim und Franz **Grimmer** in Külsheim.

Zuruhegesetzt:

der Oberhafenmeister Zacharias **Schick** in Mannheim auf Ansuchen wegen vorgerückten Alters.

Gestorben:

Gendarmerie-Kommissär Karl **Müller** in Radolfzell,
Kanzleisekretär Jakob **Beyer** bei der Wasser- und Straßenbaudirektion.

Badisches Landestheater.

Samstag, 21. Oktober. 6½—10 Uhr. 130 Mk.
Abonn. G 5. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 701—900.

Hamlet.

Spielplan vom 22.—31. Oktober.

Im Landestheater. So. 22. vormittags 11½. Morgenfeier. **IX. Sinfonie** von Beethoven. (60.00.) Mitglieder der Volksbühne bis zu 3 Plätzen zum Einheitspreis von 35 M. gegen Vorzeigen der Ausweiskarte; abends 6. Neu einstudiert: **Hoffmanns Erzählungen.** (250.00.) — Mo. 23.* Abonn. B 5. **Torquato Tasso.** 7. (110.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1401 bis 1700. — Die. 24.* Abonn. E 5. **Figaros Hochzeit.** 6½. (220.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501—700, 901 bis 1000. — Mi. 25.* Abonn. C 6. **Peer Gynt.** 6 (130.00.) Th.-Gem. B.V.B.Nr. 3101—3400. — Do. 26.* Abonn. D 6. **König Richard II.** 6½. (130.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2101—2300, 2901—3100. — Fr. 27.* Abonn. A 5. **Der Zigeunerbaron.** 7. (220.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1201—1400, 1701—1800. — Sa. 28.* Abonn. B 6. **Julius Cäsar.** 6½. (130.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3701—4000. — So. 29. nachm 2. Volksbühne. J 1. **Martha.** (220.00.) Abends 6½. **Cavalleria rusticana. Der Bajazzo.** (300.00.) — Mo. 30. Volksbühne L 1. **Wilhelm Tell.** 6½. (130.00.) — Die. 31.* Abonn. G 6. **Hoffmanns Erzählungen.** 6½. (220.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1001—1200.

Im Konzerthaus. So. 22.* **Der keusche Lebemann.** 7. (130.00.) — Die. 24. und Fr. 27. Volksbühne. H 3 und H 4. **Der Revisor.** 7. — So. 29.* **Der keusche Lebemann.** 7. (130.00.)

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde **jeweils am Vortag der Aufführung** in der Geschäftsstelle (10—½1, 4—6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 21., nachm. ½4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 23. an.

Einladung

zur 7. ordentlichen Generalversammlung der Einkaufsgenossenschaft der Beamten und Staatsarbeiter in Baden m. b. H., Sitz Karlsruhe am 29. Okt. 1922, 1 Uhr nachmittags in Offenburg im Saale der „Zauberflöte".

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Neuwahl von sechs Aufsichtsratsmitgliedern auf drei Jahre.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Änderung der §§ 10 und 32 der Satzung.
5. Besprechung der eingegangenen Anträge.
6. Verschiedenes.

Beim Eintritt in den Versammlungssaal ist die Mitgliedkarte vorzuzeigen. A.913

Karlsruhe, den 18. Oktober 1922.

Der Vorstand: Schäfer, Häusle, Kastner.
Für den Aufsichtsrat: Genzel.

Die Stelle eines

Verwaltungsoberinspektors

Bes. Gruppe IX, bei der amtlichen Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge in Mannheim und die Stelle eines außerplanmäßigen

Fürsorgebeamten

Bes. Gruppe VII, bei der Bad. Hauptfürsorgestelle in Karlsruhe sollen sofort besetzt werden. Für die Stelle in Mannheim, die sich im wesentlichen mit rechnerischen Arbeiten zu befassen hat, kommen geprüfte mittlere Verwaltungsbeamte mit abgelegter Obersekretärs- oder Revidentenprüfung, für die Fürsorgebeamtenstelle vorzugsweise geprüfte Verwaltungsaktuare in Frage. Bewerber wollen sich unter Vorlage eines Lebenslaufs umgehend melden. P436.

Karlsruhe, den 18. Oktober 1922.

Badisches Arbeitsministerium.

Die Herstellung von

Aktien, Gutscheinen Notgeld

in einfacher und künstlerischer Ausführung übernimmt die

G. Braunsche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe
— Karlfriedrichstraße 14 —

Badische Lichtspiele — Konzerthaus

Samstag, 21., Montag, 23., Mittwoch, 25. Oktober 1922, jeweils abends 8 Uhr pünktlich. Mediz. Filmvortrag A.914

Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen

Kartenvorverkauf: Musikalienhdlg. Müller, Ecke Kaiserstr./Waldstr.

Siehe Plakatsäulen

Spätjahrsmesse 1922 betr.

Für die Dauer der diesjährigen Spätjahrsmesse wird der Meßplatz für den öffentlichen Fuhrwerksverkehr gesperrt. P437.

Droschken, Autos usw. sind auf der Durlacherallee, entlang dem Bordstein, zwischen Schlachthausstraße und der westlichen Meßplatzstraße, Fahrräder, Kinderwagen, Handkarren sind auf dem Platz am Eingang zum Meßplatz an der Mauer des Schlachthofes aufzustellen.

Karlsruhe, den 16. Oktober 1922. O.-Z.142.

Badisches Bezirksamt. Polizeidirektion.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

P.407. **Baden.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Ingenieurs **Josef Birk** in Baden wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des angenommenen Vergleichs u. nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Baden, 14. Okt. 1922.

Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

P.408. **Stockach.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Elektrotechnikers **Walter Bens** hier ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Anhörung der Gläubigerversammlung über die den Mitgliedern des Gläubigerausschusses zu gewährende Vergütung bestimmt auf: **Montag, den 13. November 1922, vormittags 10 Uhr.**

Stockach, 17. Okt. 1922.

Gerichtsschreiberei Bad. Amtsgerichts.

Aufgebot.

P.420.2.1 **Radolfzell.** Der Landwirt **Friedrich Pfeiffer** in Randegg hat beantragt, den verschollenen Gustav Duchow, Maler aus Marienburg (Westpreußen), im Jahre 1881 nach Amerika ausgewandert, ohne seither von sich Nachricht gegeben zu haben, zuletzt wohnhaft in Randegg, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Dienstag, den 15. Mai 1923, vormittags 10 Uhr,** anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Radolfzell, 11. Okt. 1922.

Bad. Amtsgericht 2.

P.406.2.1 **Triberg.** Die verschollene **Fratini Basilio Ehefrau Margaretha geb. Hoch,** zuletzt in Furtwangen, wird aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotstermin **Mittwoch, 2. Mai 1923, vormittags 11 Uhr,** zu melden, widrigenfalls Todeserklärung erfolgt. Alle, welche Auskunft über die Verschollene erteilen können, wollen dies spätestens im Termine dem Gericht anzeigen.

Triberg, 14. Okt. 1922.

Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

P.421. **Überlingen.** Wagner **Fridolin Schafheutle** in Ahausen wurde heute wegen Trunksucht entmündigt.

Überlingen, 30. Sept. 1922

Bad. Amtsgericht.

Versch. Bekanntmachungen

Die bei der **Stadtkasse Pfullendorf** neu errichtete

Buchhalterstelle

ist sofort zu besetzen.

Bewerbungen mit selbst geschriebenem Lebenslauf nebst Zeugnissen und Angabe der Gehaltsansprüche wollen bis **12. November 1922** eingereicht werden. A.915

Pfullendorf, 17. Okt. 1922.

Der Gemeinderat.

Jagd-Verpachtung.

Mittwoch, den **25. Oktober 1922,** vormittags 11 Uhr, wird im Rathaussaale hier die Ausübung der Jagd, abgeteilt in 2 Distrikte A.665.2

I. Distrikt: Die Gemarkung Gengenbach vom linksseitigen Kinzigufer, einschließlich der ca. 225 Hektar großen Waldung der Gemeinde Gengenbach auf Gemarkung Bermersbach. Der Gesamtflächeninhalt des Jagdbezirks beträgt etwa 500 Hektar, darunter 300 Hektar Wald.

II. Distrikt: Die Gemarkung Gengenbach vom rechtsseitigen Kinzigufer anfangend, einschließlich der ca. 58 Hektar großen Waldung der Gemeinde Gengenbach auf Gemarkung Reichenbach (Nollen und Sommerwald). Der Gesamtflächeninhalt des Jagdbezirks beträgt etwa 360 Hektar, darunter 160 Hektar Waldung,

für die Zeit vom 1. Februar 1923 bis einschließlich 31. Januar 1932 mittels öffentlicher Versteigerung verpachtet. Die Versteigerungsbedingungen liegen auf dem Ratszimmer offen, auch werden sie vor der Versteigerung noch öffentlich bekannt gegeben.

Als Bieter werden nur solche Personen zugelassen, welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden oder durch ein schriftliches Zeugnis des zuständigen Bezirksamts nachweisen, daß gegen die Erteilung eines solchen ein Bedenken nicht obwaltet.

Gengenbach,
den 28. September 1922.

Der Gemeinderat:
Mach.

Jagd-Verpachtung.

Die **Gemeinde Ichenheim** versteigert am **Donnerstag, den 26. Oktober d. J., nachm. 3 Uhr,** im Rathaus daselbst die Ausübung der Jagd auf weitere 6 Jahre, beginnend am 1. Februar 1923 in 4 Distrikten, zusammen 1862 Hektar umfassend. Als Bieter werden nur solche Personen zugelassen, welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden oder durch ein Zeugnis der zuständigen Behörde (Bezirksamt) nachweisen, daß gegen die Erteilung eines Jagdpasses ein Bedenken nicht besteht. A.891.2

Ichenheim, 10. Okt. 1922.

Der Gemeinderat.
Drezler, Bürgermstr.
Wickert, Ratschr.

Jagd-Verpachtung.

Die **Gemeinde Kippenheimweiler** versteigert am **Samstag, den 4. November d. J., nachmittags 4 Uhr,** auf dem Rathause daselbst die Ausübung der Jagd auf weitere 6 Jahre, beginnend am 1. Februar 1923 bis 31. Januar 1929, in 2 Distrikten, zusammen 433 Hektar.

Als Steigerer werden nur Personen zugelassen, welche im Besitze eines Jagdpasses sind, oder nachweislich einen solchen erhalten können. A.916.2.1

Kippenheimweiler, Amt Ettenheim, 18. Okt. 1922.

Gemeinderat.
J. Weis, Bmstr.

Nutzholzversteigerung

Das **Bad. Forstamt Herrenwies** in Forbach (Baden) versteigert am **Freitag, den 27. Oktober 1922, nachmittags 3 Uhr,** im Friedrichshof in Forbach 6000 Fstm. Nadellangholz aller Klassen, vorwiegend Starkholz. Losverzeichnisse u. nähere Auskunft durch das Forstamt. P.419.2.1

Vergebung von **Tiefbauarbeiten** für das III. Baulos der württbg. Teilstrecke der Nebenbahn Bretten—Kürnbach auf den Markungen Knittlingen u. Derdingen, hauptsächlich bestehend aus Erdbewegung 17 800 cbm, Böschungsarbeiten 12850 qm, Wegbefestigung 2380 qm, Bahn- und Wegdohlenherstellung 150 lfd. m. Maßgebend hierfür ist die Verordnung des Bad. Ministeriums der Finanzen v. 3. Januar 1907. Vordrucke, Bedingnisheft und Pläne liegen nur in unserem Baubüro in Knittlingen auf. Abgabe von Angebotsvordrucken nur an persönlich erscheinende Bewerber. Führung über die Baustelle auf Wunsch. Angebote mit der Aufschrift „III. Baulos", verschlossen und postfrei, bis spätestens **Dienstag, den 31. Oktober, vormittags 10 Uhr,** bei der Inspektion einreichen. Zuschlagsfrist 2 Wochen.

Bretten, 14. Okt. 1922.

Bahnbauinspektion.

Gemeinsamer Binnentarif der deutschen Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft (badische Nebenbahnen).

Tfv. 79

Mit Gültigkeit **vom 1.** November d. J. erscheint zum vorbezeichneten Tarif der Nachtrag 9. Durch diesen werden die Personen- und Gepäcktarife erhöht. Das alsbaldige Inkrafttreten der Tariferhöhungen gründet sich auf die vorübergehende Änderung des § 6 der EVO. (RGBl. 1914 S. 455).

Berlin, 17. Okt. 1922.

Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft Aktiengesellschaft.

Binnentarif der Nebenbahn Möckmühl—Dörzbach (Jagsttalbahn.)

Tfv. 140.

Mit Gültigkeit **vom 1.** November d. J. erscheint zum vorbezeichneten Tarif der Nachtrag I. Dieser enthält neben Änderung von Vorschriften im Güterverkehr, Erhöhung der Personen- und Gepäcktarife. Das alsbaldige Inkrafttreten der Tariferhöhung gründet sich auf die vorübergehende Änderung des § 6 der EVO. (RGBl. 1914 S. 455.)

Berlin, 17. Okt. 1922.

Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft Aktiengesellschaft.

Druck der Karlsruher Zeitung.